

Dies ist eine unverbindliche Darstellung der eForms-formatierten Bekanntmachung.

Die Darstellung beruht auf der verwendeten eForms-Version *eforms-de-2.1*

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Verband der Ersatzkassen e.V. Abteilung Verwaltung, Vergabestelle

Art des öffentlichen Auftraggebers: *Gruppe öffentlicher Stellen, soweit nichts anderes zutrifft*

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: *Gesundheit*

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Verlängerung IBM Software-Subscription und -Support

Beschreibung: Vertragsgegenstand ist die Verlängerung von IBM - Subscription und - Support vom 01.01.2026 bis 31.12.2026 gem. EVB-IT Pflegevertrag (Langfassung)

Kennung des Verfahrens: dc1a77ca-fa13-411e-86dd-0e92d82c7d0e

Interne Kennung: vdek - 2025 - EU - 192

Verfahrensart: *Offenes Verfahren*

Beschleunigtes Verfahren: **nein**

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Lieferungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 48000000 *Softwarepaket und Informationssysteme*

2.1.2 Erfüllungsort

Postanschrift: Askanischer Platz 1

Ort: Berlin

Postleitzahl: 10963

NUTS-3-Code: *Berlin* (DE300)

Land: *Deutschland*

2.1.4 Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Insolvenz: [§ 124 Zwingende Ausschlussgründe Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), Eigenerklärung/
Im Fall der geplanten Auftragserteilung, Abfrage Wettbewerbsregister.] ---

Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung: [§ 123 Zwingende Ausschlussgründe Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) Eigenerklärung/
Im Fall der geplanten Auftragserteilung Abfrage im Wettbewerbsregister.] ---

Betrug oder Subventionsbetrug: [§ 123 Zwingende Ausschlussgründe Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) Eigenerklärung/
Im Fall der geplanten Auftragserteilung Abfrage im Wettbewerbsregister.] ---

Bildung krimineller Vereinigungen: [§ 123 Zwingende Ausschlussgründe Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) Eigenerklärung/
Im Fall der geplanten Auftragserteilung Abfrage im Wettbewerbsregister.] ---

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: [§ 123 Zwingende Ausschlussgründe Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) Eigenerklärung/
Im Fall der geplanten Auftragserteilung Abfrage im Wettbewerbsregister.] ---

Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung: [§ 123 Zwingende Ausschlussgründe Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) Eigenerklärung/
Im Fall der geplanten Auftragserteilung Abfrage im Wettbewerbsregister.] ---

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen: [§ 123 Zwingende Ausschlussgründe Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) Eigenerklärung/
Im Fall der geplanten Auftragserteilung Abfrage im Wettbewerbsregister.] ---

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben: [§ 124 Zwingende Ausschlussgründe Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) Eigenerklärung/
Im Fall der geplanten Auftragserteilung Abfrage im Wettbewerbsregister.] ---

Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: [§ 124 Zwingende Ausschlussgründe Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) Eigenerklärung/
Im Fall der geplanten Auftragserteilung Abfrage im Wettbewerbsregister.] ---

Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: [§ 124 Zwingende Ausschlussgründe Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) Eigenerklärung/
Im Fall der geplanten Auftragserteilung Abfrage im Wettbewerbsregister.] ---

Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: [§ 124 Zwingende Ausschlussgründe Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) Eigenerklärung/
Im Fall der geplanten Auftragserteilung Abfrage im Wettbewerbsregister.] ---

Schwere Verfehlung: [§ 124 Zwingende Ausschlussgründe Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) Eigenerklärung/
Im Fall der geplanten Auftragserteilung Abfrage im Wettbewerbsregister.] ---

Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens: [§ 124
Zwingende Ausschlussgründe Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB)
Eigenerklärung/
Im Fall der geplanten Auftragserteilung Abfrage im Wettbewerbsregister.] ---

Zahlungsunfähigkeit: [§ 124 Zwingende Ausschlussgründe Gesetz gegen
Wettbewerbsbeschränkung (GWB) Eigenerklärung/
Im Fall der geplanten
Auftragserteilung Abfrage im Wettbewerbsregister.] ---

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen: [§ 124 Zwingende
Ausschlussgründe Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB)
Eigenerklärung/
Im Fall der geplanten Auftragserteilung Abfrage im Wettbewerbsregister.] ---

Rein nationale Ausschlussgründe: [Erklärung zum EU-Sanktionspaket -
Russland-Sanktionen Verbot von Auftragserteilungen
an russische Unternehmen. Bezug des Bieters zu Russland Anlage 8] ---

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

Titel: Verlängerung von IBM Software-Subscription und -Support

Beschreibung: Vertragsgegenstand ist die Verlängerung von IBM - Subscription und -
Support vom 01.01.2026
bis 31.12.2026 gem. EVB-IT Pflegevertrag (Langfassung)
Nummer des Passport-Advantage-Vertrages: 45864
Nummer des Passport-Advantage-Standortes: 7112297

Interne Kennung: LOT-0001 vdek - 192 - EU - 2025

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Lieferungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 48000000 *Softwarepaket und
Informationssysteme*

5.1.2 Erfüllungsort

Ort: Berlin

Postleitzahl: 10963

NUTS-3-Code: *Berlin (DE300)*

Land: *Deutschland*

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2026

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: **nein**

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): **ja**

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#,
#Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders
auch geeignet für:other-sme#, #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: *Bekanntmachung*

Kriterium: *Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen*

Beschreibung: Nachweis von mind. drei Referenzen (möglichst unter Angabe der vollständigen Adresse und Ansprechpartner) bei denen vergleichbare Verträge im Bereich Software-Subscription abgeschlossen wurden. Diese belegen eine umfassende Kenntnis der Thematik. Die Vergleichbarkeit ist darzustellen. Sollte der Auftragnehmer erst innerhalb der letzten der Jahre gegründet worden sein bzw. seine Tätigkeit aufgenommen haben, reichen Sie ggf. vorhandene Referenzen ein und erläutern kurz, warum es nicht möglich ist, mehrere Referenzen einzureichen.
(Anlage 5)

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Eigenerklärung über eine Betriebshaftpflicht i. H. v. Personen-/Sach-/ Vermögensschäden je Schadenfall.
(Anlage 6)

Kriterium: *Eintragung in das Handelsregister*

Beschreibung: Eigenerklärung über die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister mit Angabe der Registernummer ggf. Kopie der Eintragung beifügen. (Bei ausländischen Bewerbern die Unterlagen gemäß §44 VgV) (Unternehmen, die weder im Berufs- noch Handelsregister noch einem anderen Register geführt werden, legen eine Kopie der Gewerbebeanmeldung der zuständigen Stelle des Landes, in dem sie ansässig sind (soweit erforderlich) oder einen anderen

geeigneten Nachweis (z.B. bereinigter Steuerbescheid) vor, der Aufschluss über die berufliche Tätigkeit gibt.)

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Eigenerklärung zur Eintragung im Gewerbezentralregister über den Bewerber (bei ausländischen Bewerbern Unterlagen gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU) Falls vorhanden, Auszug aus dem Gewerberegister
ggf. auch Kopie nach § 150 Abs. 1 Gewerbeordnung über den Bewerber nicht älter als 12 Monate.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen nach GWB § 123, 124 (Anlage 4)

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Abfrage Unternehmensdaten und Ansprechpartner (Anlage 7)

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Beschreibung: Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Kategorie des Schwellen-Zuschlagskriteriums: *Gewichtung (Punkte, genau)*

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 23/10/2025 10:00 +02:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E97215337>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Zulässig*

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E97215337>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Angebote: 03/11/2025 10:00 +01:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 18 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Ggf. werden Unterlagen zur Prüfung nachgefordert. Unterlagen in Bezug auf die Zuschlagskriterien werden nicht nachgefordert. Somit können fehlende Unterlagen zum Ausschluss führen.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Datum des Eröffnungstermins: 03/11/2025 10:00 +01:00

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten:
Nein

Elektronische Rechnungsstellung: *Zulässig*

Aufträge werden elektronisch erteilt: **ja**

Zahlungen werden elektronisch geleistet: **ja**

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: § 134 Informations- und Wartepflicht (1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die

Mitteilung über
die Zuschlagsentscheidung
an die betroffenen Bieter ergangen ist. (2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage
nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die
Information
auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn
Kalendertage.

Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den
Auftraggeber;
auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht
an. (3)

Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren
ohne
Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall
verteidigungs-
oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber
beschließen,

bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer
Rahmenvereinbarung
nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem
öffentlichen
Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft,
berechtigte
geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lautereren Wettbewerb
zwischen
ihnen beeinträchtigen könnte. § 135 Unwirksamkeit (1) Ein öffentlicher Auftrag
ist
von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber 1. gegen § 134
verstoßen
hat oder 2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung
im Amtsblatt
der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet
ist,
und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist. (2)

Die
Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im
Nachprüfungsverfahren
innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und
Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags,
jedoch
nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. 2)
Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union
bekannt
gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage
nach
Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der
Europäischen
Union. (3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn 1.
der öffentliche
Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige
Veröffentlichung
einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zulässig ist, 2. der

öffentliche
Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union
veröffentlicht
hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und 3. der
Vertrag
nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab
dem Tag
nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde. Die
Bekanntmachung
nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen
Auftraggebers,
die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des
Auftraggebers,
den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im
Amtsblatt der
Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des
Unternehmens,
das den Zuschlag erhalten soll, umfassen. § 160 Einleitung, Antrag (1) Die
Vergabekammer
leitet ein
Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes
Unternehmen,
das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine
Verletzung
in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von
Vergabevorschriften
geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete
Verletzung
der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3)
Der
Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß
gegen
Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und
gegenüber dem
Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der
Ablauf
der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen
Vergabevorschriften,
die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind,
nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur
Bewerbung
oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3.
Verstöße gegen
Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht
spätestens
bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem
Auftraggeber
gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des
Auftraggebers,
einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem
Antrag
auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2.
§ 134

Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. § 161 Form, Inhalt 1) Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu benennen. (2) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Verband der Ersatzkassen e.V. Abteilung Verwaltung, Vergabestelle

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Verband der Ersatzkassen e.V. Abteilung Verwaltung, Vergabestelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Verband der Ersatzkassen e.V. Abteilung Verwaltung, Vergabestelle

Organisation, die Angebote bearbeitet: Verband der Ersatzkassen e.V. Abteilung Verwaltung, Vergabestelle

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Verband der Ersatzkassen e.V. Abteilung Verwaltung, Vergabestelle

Identifikationsnummer: Berichtseinheit-ID 00002228

Postanschrift: Askanischer Platz 1

Ort: Berlin

Postleitzahl: 10963

NUTS-3-Code: *Berlin* (DE300)

Land: *Deutschland*

E-Mail: vergabestelle@vdek.com

Telefon: +49 30 26931-0

Internet-Adresse: <http://www.vdek.com>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Identifikationsnummer: 022894990

Postanschrift: Villemomblerstraße 76

Ort: Bonn

Postleitzahl: 53123

NUTS-3-Code: *Bonn, Kreisfreie Stadt* (DEA22)

Land: *Deutschland*

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +492289499163

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 44e3a846-f41f-4d99-8236-d77f332a7bcd - 01

Formulartyp: *Wettbewerb*

Art der Bekanntmachung: *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 30/09/2025 10:33 +02:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: *Deutsch*